

## **Entwicklungshilfe: Erfüllung der Millenniumsziele der Vereinten Nationen!**

Die Jungen Liberalen Chemnitz fordern die Einhaltung der Millenniumsziele der Vereinten Nationen!

Das ehrgeizige Ziel bis zum Jahr 2015 die Armut in der Welt um 50 Prozent mindern zu wollen, ist mit den bisherigen Beiträgen der Industrienationen völlig unrealistisch.

Die festgelegte 0,7 Prozent Marke vom Bruttoinlandsprodukt eines Staates muss sich auf eine grundsätzliche Bereitstellung der Gelder durch die Geberländer beziehen, die je nach Situation einzusetzen sind, aber nicht in vollem Umfang eingesetzt werden müssen!

Entwicklungshilfen müssen flankierend wirken und dürfen eigene Initiativen der Empfängerländer nicht ersetzen! Sie sind sektorspezifisch in den Bereichen einzusetzen, die die selbstständige Entwicklung begünstigen. Hierzu zählen insbesondere Investitionen im Bildungsbereich aber auch im Gesundheitswesen bei der Bekämpfung von Epidemien und Seuchen.

Wir lehnen den Export einer "humanitären Hilfs- bzw. Entwicklungsindustrie" durch die Geberländer ab. Hilfs- und Entwicklungsorganisationen dürfen nicht als dauerhafte Arbeitsplatzbeschaffer für die Entwicklungsländer dienen und die selbstständige ökonomische Entwicklung behindern!

Die New Partnership for Africa's Development (NEPAD) ist ein unterstützenswerter Ansatz, der es ermöglicht, zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern gemeinsame Lösungen zur Armutsbekämpfung umzusetzen.

Solange der im NEPAD-Vertrag festgelegte freiwillige Überprüfungsmechanismus hinsichtlich der Prinzipien von Good Governance und wirtschaftlicher Entwicklung - African Peer Review Mechanism (APRM) - zwischen den afrikanischen Staaten keine Sanktionsmechanismen bereithält, die die Staaten zu ihrer Selbstverpflichtung zwingen, ist trotz des Grundsatzes: „Afrikanische Lösungen für afrikanische Probleme“ noch immer die Mitarbeit der Geberländer notwendig.

Diese müssen überprüfen, ob die gegenseitigen Verpflichtungen tatsächlich eingehalten werden und sie müssen ihre Forderungen auf einen umfassenden Überprüfungsmechanismus in allen Politikfeldern ausrichten. Sofern dies nicht gegeben ist, ist die Entwicklungshilfe stark einzuschränken. Es müssen, insbesondere durch die Empfängerländer, eindeutige Mechanismen entwickelt werden, die die effiziente Verwendung der Gelder überwachen. Politische Forderungen gehen dabei vor "ökonomischer Überfütterung"!

Die Bemühungen zur Entschuldung der Entwicklungsländer bilden einen notwendigen Anreiz zur Reformpolitik der betroffenen Länder. Ein Schuldenerlass sollte dabei an erste positive Ergebnisse und klare Konzepte gebunden sein und nicht voreilig und pauschal durchgeführt werden!

Neue Konzepte der Entwicklungspolitik setzen u.a. auf die Entwicklung regionaler

Kooperationen. Dabei ist es für die Empfängerländer teilweise schwierig entsprechend zwischen den verschiedenen Programmen nichtstaatlicher und staatlicher Akteure auszuwählen. Hierbei fehlt noch immer eine Kohärenz und Transparenz. Dies muss korrigiert werden, um die bereitgestellten Mittel auch an die bedürftigen Stellen zu transferieren!